

BREXIT und Österreich

Mit 52% zu 48% (Beteiligung von 72%) stimmten die Briten für den EU-Austritt.

Wer muss sich fürchten?

Industrie, Banken und Konzerne und ihre verschiedenen nationalen Regierungen in der EU befürchten, dass der Brexit einen Dominoeffekt in anderen EU-Mitgliedstaaten auslösen könnte.

Tatsächlich haben die EU-Kapitalisten von den Banken über die Industrie bis hin zu den Rüstungs- und Kriegskonzernen, das meiste von so einer Entwicklung zu befürchten, denn für sie bedeutet die EU freier Waren- und Kapitalverkehr, d.h. grenzenloses Profitmachen mit zivilen und Rüstungsgütern. Das ist mit dem Brexit nun etwas eingeschränkt. Und es heizt die Konkurrenz zwischen Großbritannien und EU und zwischen EU und USA an. Auch das britische Kapital wird – wie das schweizerische oder norwegische Kapital, dessen Länder nicht in der EU sind – Wege und Mittel finden, auch ohne offizieller EU-Mitgliedschaft zu ihren Profiten zu kommen.

Wer sind die Leidtragenden

Die arbeitende Bevölkerung auf der Insel genauso wie anderswo in EU- und Euro-Europa, waren und sind die Leidtragenden. Wie schon mit den jeweils nationalen Budgets wird über das EU-Budget hin und her und vor allem zu Großkonzernen umverteilt. Gleichzeitig fasst die EU (Rat, Kommission, Parlament), direkt beeinflusst bzw. dirigiert von den großen Industrie- und Konzernlobbys in Brüssel, Beschlüsse und Gesetze, bzw. erlässt Verordnungen und Richtlinien, die dann zu 90% in jeweils nationales Recht umzusetzen sind, die die Liberalisierungen und Privatisierungen, den Sozial- und Demokratieabbau schneller vorantrieben als in den Jahrzehnten zuvor. Das alles auf Kosten der arbeitenden Menschen und zu Gunsten von Banken und

Konzernen.

In der Finanz- und Wirtschaftskrise war und ist die EU dazu da, die durch Spekulation entstandenen Billionen-Euro-Schulden der Banken, Versicherungen und Unternehmen mit Hilfe der EZB (Geldflutung, Niedrig-, Null- und Minuszinspolitik) den Staaten und damit den Steuerzahlern umzuhängen. Deshalb mussten Spanien, Portugal, Irland, Italien enorme „Sparprogramme“ schlucken. Deshalb auch gab es keinen Grexit – muss Griechenland so lange in der EU bleiben bis sich die v.a. deutschen, französischen, aber auch einige griechische Banken sowie Konzerne und Investoren an der griechischen Bevölkerung „sanieren“ haben werden: durch Rekordarbeitslosigkeit, Sozialabbau im Gesundheits-, Bildungs- und Pensionsbereich, durch Privatisierung und Ausverkauf von Industrie, Infrastruktur, Grund und Boden.

Was heißt das Nein der Briten?

Auch in anderen, dzt. nicht im Blickfeld stehenden EU-Ländern, ist die Kluft zwischen Reich und Arm, besonders seit den EU-Erweiterungen ab 1990, rapide größer geworden. Deshalb ist das NEIN der Briten viel mehr: ein Nein zu „denen da oben“, ein Nein zu immer mehr Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, ein Nein zu Milliarden-Atomförderung (Hinkley Point), zu Förderung von Rüstung und Krieg, zu Kriegsteilnahme statt Sozialpolitik, ein Nein zu Neoliberalismus und Kapitalismus.

Wer missbraucht das Nein zu Kapital und EU?

Während für die Kapitalisten die EU das Vehicel der Ausbeutung der Masse der Bevölkerung im Namen von Frieden und Demokratie ist, ist es für die Rechten das Vehicel den Unmut der Massen weg vom Neoliberalismus, weg vom Profitsystem hin auf die „Bürokraten in Brüssel“ zu lenken, die alles reglementieren, die Ausländer reinlassen,

die so die heimischen Arbeiter und Angestellten arbeitslos machen würden. Dabei steckt hinter der EU, den EU-Bürokraten, den EU-Institutionen, direkt oder indirekt das Kapital – Industrie, Banken, Konzerne mit ihren Lobbys.

Jüngstes Beispiel ist etwa, dass die EU das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA), das als Blaupause für TTIP gilt, ohne Zustimmung der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten unterschreiben will.

Zeittafel EU

Gründung 1. Januar 1958: Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Westdeutschland
Erweiterung 1. Januar 1973: Dänemark, Irland, Vereinigtes Königreich
Erweiterung 1. Januar 1981: Griechenland
Erweiterung 1. Januar 1986: Portugal, Spanien
Deutsche Wiedervereinigung 3. Oktober 1990: Ostdeutschland
Erweiterung 1. Januar 1995: Finnland, Österreich, Schweden
Erweiterung 1. Mai 2004: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern
Erweiterung 1. Januar 2007: Bulgarien, Rumänien
Erweiterung 1. Juli 2013: Kroatien
Beitrittskandidaten: Albanien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Türkei

Übles, abgekartetes Spiel ...

... mit verteilten Rollen zwischen Kapital und Politik – bislang oft mit Christ- und Sozialdemokratischen Parteien, jetzt zunehmend mit Rechten und Rechtsradikalen. Warum? Weil die bislang von Sozialdemokraten in Parteien und Gewerkschaften gepredigte Ideologie der (Sozial)Partnerschaft (also der nie erfolgte aber propagierte Ausgleich) zwischen Arbeit und Kapital durch das offensichtliche Auseinanderklaffen von reich und arm sich als Lüge entlarvt und das Kapital nicht mehr schützen kann.

Deshalb protegiert und zahlt das Kapital zunehmend Rechte und Rechtsradikale. Die propagieren das Hinhalten auf den Nächsten, auf unseresgleichen – auf andere Arbeitende, weil Konkurrenten am Arbeitsmarkt, auf Arbeitslose, Bettler, Ausländer, Asylwerber, – um das Kapital vor den Unmut der Arbeitenden insgesamt zu schützen. Die Arbeitenden werden aufgespaltet und gegeneinander gehetzt. Die Kapitalisten reiben sich die Hände und scheffeln weiter durch Ausbeutung, Rüstung und Krieg.

Man sieht also, man muss kein Rechter sein, um gegen die EU der Banken und Konzerne sein zu können. Das ist eine Verunglimpfung des Protestes durch die EU-Betreiber in den Führungsetagen von Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften. Das schützt und verschleiern die Nutznießer, die Kapitalisten, und treibt den Protest den Rechten erst so richtig in die Hände. Will man das stoppen, kann, darf, ja muss man sogar als kritischer Mensch, als Linker, die Hintergründe aufzeigen, diese EU des Kapitals ablehnen.

In dieser Situation wäre es Aufgabe der ursprünglichen Vertretungen der Arbeitenden zum gemeinsamen Kampf gegen das Kapital zu organisieren – nicht bloß zu protestieren. Doch die Spitzen der Gewerkschaften haben das verlernt, sind sozialpartnerschaftlich verseucht. So sind sie – weil auf Erfolge nur im Verhandlungswege angewiesen – in der Geiselhaft der Unternehmer.

Wollen wir erfolgreich sein, werden die Mitglieder und die noch Unorganisierten erstens neu zusammenfinden, zweitens sich ihren Einfluss in den Gewerkschaften wieder zurückholen und/oder drittens sie neu organisieren müssen, damit das geschieht, was den arbeitenden Menschen nützt.

Brexit und EU

Wenn Großbritannien aus der EU scheidet, stärkt das die wirtschaftliche und militärische Stellung Deutschlands in der EU noch mehr als bisher. Schon in den vergangenen Jahren hat Deutschland den Rest von Europa im Interesse seines Kapitals mehr oder weniger mit seinen Produkten niedereexportiert. Dafür haben die deutschen Arbeitenden mit weniger Lohn und Gehalt mit Harz IV usw. gezahlt – und noch mehr die Bevölkerungen der südlichen EU-Länder.

Der Brexit wird auch die wirtschaftliche und militärische Konkurrenz zwischen den USA und der EU, insbesondere mit Deutschland, verschärfen, da Großbritannien einer der engsten Verbündeten der USA sowie NATO-Mitglied und Atommacht ist.

Auch die Beziehungen der EU, insbesondere Deutschlands zu Russland, werden noch mehr durch USA und Großbritannien kritisiert und bekämpft werden.

Das deutsche Kapital hat in zwei Weltkriegen, mit Diktatur und Faschismus, unendlich viel Leid und Tod über die Welt gebracht. Deshalb wurde Deutschland mittels der „Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (Mon-

tanunion) Anfang der 1950er Jahre, später dann durch EWG, EG, EU, Euro (Deutschland tritt dem Euro als Gegengeschäft zur Wiedervereinigung bei), Wirtschafts- Währungs- und Bankenunion, Rüstungs- und Kriegspolitik („Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“, GASP) eingebunden, um die vorhersehbare Entwicklung zur größten Wirtschaftsmacht Europas zumindest unter Kontrolle zu halten. Als NATO-Mitglied hat Deutschland u.a. die größten Kontingente an US-Truppen stationiert. Deutschland wiederum macht sozusagen aus der Not (Einbindung) eine Tugend: Wenn schon begrenzte Souveränität, dann doch wenigstens mit der EU in der EU politisch, vor allem aber wirtschaftlich zu dominieren.

Die deutsche Kanzlerin Merkel hat schon angekündigt: der Brexit sei unumkehrbar und sie baue auf noch engere Kooperation der nunmehr EU-27 – weint also dem Brexit nicht nach. Das heißt, Deutschland wird noch mehr darauf setzen, als mächtigstes EU-Land seine Interessen mit Hilfe der EU durchzusetzen, d.h. die EU noch mehr „deutsch“ zu machen.

Brexit und Österreich

Was bedeutet das für Österreich? Kanzler Kern, der gleich in Berlin weilte, hat zum Brexit gesagt, „Europa wird an Bedeutung verlieren“ (Kurier, 25.6.2016). Tags zuvor lobte er die „untrennbare Geschichte“ und die „exzellente Nachbarschaft“ der beiden Länder („Kurier“ 24.6.2016).

Das lässt darauf schließen, dass Österreichs Herrschende, die schon den EU-Beitritt 1995 mit der Nähe zu und der wirtschaftlichen Verflochtenheit mit Deutschland und der tatsächlichen Bindung des Schillings an die D-Mark als notwendig argumentierten (es existierte vor dem Beitritt de facto eine Währungsunion mit der deutschen D-Mark), Österreich nach dem Brexit noch enger an Deutschland binden werden.

Österreichs EU-Beitritt – siehe Ausverkauf vieler verstaatlichter Betriebe z.B. an Siemens usw. – war und ist ein neuer Anschluss an Deutschland unter EU-Schild. Das hat sich zuletzt bei der OMV gezeigt, dem wichtigsten österreichischen Energieerzeuger und -versorger: der jetzige deutsche Chef, Seele, kommt von einem deutschen OMV-Konkurrenten (einer BASF-Tochter). Der jüngste Deal mit Russland hat dazu geführt, dass die OMV nicht an Russland ausverkauft wurde, wie die Ablenkungspropaganda lautete, sondern in die deutsche Energiestrategie mit Russland eingegliedert wurde. So soll künftig das Gas über die von Deutschland mit Russland gebauten „North Stream“ nach Österreich kommen. Deutschland ist nunmehr der Verteiler von Russland-Gas in Europa, nicht mehr Österreich. Dafür dürfen wir noch an die deutschen Lieferanten zahlen. Und in Russland dürfen wir auf einem Gasfeld mit der deutschen BASF „zusammenarbeiten“. So stellen sich die deutschen Herren ihre EU vor: Partner als Hilfwillige und Zuarbeiter. Schon in der Flüchtlingstragödie war Österreich praktisch – auch nach dem Schwenk von Kerns Vorgänger Faymann – der Befehlsempfänger Merkl's, die auch keine Asylwerber mehr aufnehmen wollte und diese über Bayern nach Österreich zurückschieben ließ.

Öxit?

Der noch engere Anschluss an Deutschland ist der Grund, dass FP-Strache mit „Öxit“ noch zuwartet, muss er doch erst mit seinen deutschen Befehlsgebern absprechen wohin Deutschlands EU-Reise geht. Denn wenn Deutschland Österreich noch mehr „heim ins Reich“ haben will, dann wäre ein „Öxit“ für das deutsche Kapital und für Österreichs Zulieferkapitalisten schlecht. – mit denen will es sich Strache nicht verscherzen. Für das verehrte Wahlpublikum spielt er auf Österreich-„Heimat“ und lässt Hofer vom „Öxit“ faseln, könnte der doch damit bei einer allfälligen Wiederholung der BP-Wahl punkten, sonst eh nicht.

Dem widerspricht total unsere Neutralität, sie ist wichtiger denn je gegen die Rüstungs- und Kriegspolitik der EU und Deutschlands.

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck
und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee,
Verein zur Unterstützung der
arbeitenden Menschen,
Stiftgasse 8, 1070 Wien

ZVR 188951949